

A close-up, angled view of a computer keyboard. The keys are white and grey. A prominent key in the lower-left quadrant is colored with the German national flag (black, red, and gold horizontal stripes) and features a black arrow pointing up and to the right. Other visible keys include the equals sign, left and right square brackets, hyphen/underscore, and the Insert key.

dbb *journal*

6. bis 8. Januar 2013

dbb Jahrestagung 2013

Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland

Köln, 6. bis 8. Januar 2013

Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland

Sonntag, 6. Januar 2013

ab 19:00 Uhr

Begrüßungsabend auf der MS RheinEnergie

Grußwort
Jürgen Roters
Oberbürgermeister der Stadt Köln

Montag, 7. Januar 2013

10:00 – 12:30 Uhr

Gewerkschaftspolitischer Auftakt

Der öffentliche Dienst – Vermittler zwischen Staat und Bürger

Klaus Dauderstädt
Begrüßung und Ansprache des dbb Bundesvorsitzenden

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Bundesminister des Innern

Ralf Jäger MdL
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Mittagessen

12:30 – 14:30 Uhr

14:30 – 15:30 Uhr

Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundestagsfraktionen zur Lage des öffentlichen Dienstes:

Marco Buschmann MdB
FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Michael Hartmann MdB
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Konstantin von Notz MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Armin Schuster MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Frank Tempel MdB
Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Moderation: Tom Buhrow

Dienstag, 8. Januar 2013

10:00 – 11:00 Uhr

„Justiz als TÜV für die Politik“ Vortrag

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D.

11:00 – 12:00 Uhr

Streitgespräch zum Thema: Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Dr. Gerd Landsberg
Geschäftsführendes Präsidialmitglied Deutscher Städte- und Gemeindebund

Patrick Döring MdB
Generalsekretär der FDP

Moderation: Tom Buhrow

12:00 Uhr

Schlusswort
Klaus Dauderstädt
dbb Bundesvorsitzender

12:15 Uhr

Mittagessen
Ende der Jahrestagung

Stand: 3. Januar 2012

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Fax 030.4081-5599, E-Mail: magazin@dbb.de, Internet: www.dbb.de

Redaktion: Dr. Walter Schmitz (verantwortlich), Christine Bonath, Jan Brenner

Layout: Benjamin Pohlmann. Fotos: Jan Brenner, Marco Urban, dbb, MEV, Project Photos, fotolia

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Internet: www.dbbverlag.de

Druck: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, E-Mail: info@schaffrath.de, Internet: www.schaffrath.de

Vorwort

Eine gelebte Demokratie in einem rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesen ist keine Selbstverständlichkeit. Die Umwälzungen in zahlreichen Staaten der Welt haben dies sehr anschaulich vor Augen geführt und machen deutlich, wie wichtig es ist, sich jeden Tag neu für das Bestehen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen. Der öffentliche Dienst trägt eine große Verantwortung dafür, dass dies gelingt: In seiner unabhängigen, ausschließlich an Recht und Gesetz orientierten Handlungsweise sorgt er für die Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland und schafft damit die Grundlage für Rechts- und Planungssicherheit. Zugleich ist er für eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge da, die weitgehend gleiche Lebens- und Wirtschaftsbedingungen gewährleisten soll.

Die dbb Jahrestagung 2013 stellt das Thema „Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland“ in den Mittelpunkt der Diskussionen. Nur ein unabhängiger öffentlicher Dienst gewährleistet, dass auch in schwierigen Zeiten, wie zum Beispiel der Wirtschafts- und Finanzkrise, effizient und zügig die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Überwindung solcher Phasen entstehen können.

Diese Errungenschaften gilt es auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu wahren und einen modernen öffentlichen Dienst als entscheidenden Standortvorteil für unser Land zu nutzen. Denn Staat und Verwaltung werden ihr Angebot an öffentlichen Leistungen an die sich verändernden Rahmenbedingungen angesichts des demografischen Wandels anpassen müssen. Dabei muss aber auch in Zukunft die Handlungsfähigkeit des Staates sichergestellt sein durch einen gut funktionierenden und gut ausgestatteten öffentlichen Dienst. Denn



auch künftig muss der öffentliche Dienst für Fachkräfte und qualifizierte Nachwuchskräfte attraktiv bleiben – und dies während des gesamten Berufslebens. Mit großem Interesse erwarten wir vor diesem Hintergrund die Ausführungen von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und vom nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger.

In unserem Land wurde in jüngster Zeit regelmäßig die Frage erörtert, wie es um die demokratische Willensbildung und Entscheidung in Deutschland bestellt ist, und warum auch die Skepsis der Bürger gegenüber ihrem Staat spürbar ist. Stichworte wie Partizipation, Wutbürger, „Justizialisierung der Politik“ sind dann Gegenstand politischer Debatten. In diesem Zusammenhang wird die Verfassungsgerichtsbarkeit auch in der Rolle eines Streitschlichters unterschiedlicher politischer Interessen wahrgenommen. Wir freuen uns, dass der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, aus seiner langjährigen Erfahrung berichten wird.

Mit der Diskussion zur „Privatisierung öffentlicher Aufgaben“ greifen wir unter anderem die Fragestellung auf, ob öffentliche Aufgaben durch private Anbieter erledigt werden sollen. Der Generalsekretär der FDP, Patrick Döring, MdB, und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, werden ihre langjährige politische Erfahrung in diese Diskussion einbringen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und vielseitige dbb Jahrestagung 2013, die Ihnen Gelegenheit zu möglichst zahlreichen persönlichen Gesprächen und Begegnungen geben wird.

Klaus Dauderstädt,
dbb Bundesvorsitzender



Einkommensrunde 2013:

Starke Länder, faire Löhne!

6,5 Prozent mehr Lohn: Das ist die Einkommensforderung des dbb in der Einkommensrunde 2013 für die Beschäftigten der Länder. Rund drei Millionen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der Länder haben einen Anspruch auf eine gerechte Einkommenspolitik. Das unterstrich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf einer Pressekonferenz am 11. Dezember 2012 in Berlin, wo er die Forderung der Gewerkschaften gemeinsam mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske vorstellte.

„Die Länder müssen bei der Bezahlung ihrer Beschäftigten Anschluss an Bund und Kommunen halten“, sagte Dauderstädt zum Hintergrund der Forderung, die zuvor von Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb einmütig beschlossen worden war. Neben einem Einkommensplus sieht sie auch eine soziale Komponente vor und orientiert sich damit an der Forderung der Gewerkschaften an Bund und Kommunen vor einem Jahr.

„Hier mag die Zahl der Blickfang sein, und natürlich ist ein spürbares Einkommensplus für uns von zentraler Bedeutung – für Arbeitnehmer und Beamte“, erklärte Dauderstädt weiter. „Aber: Nachwuchsförderung und

eine Entgeltordnung für Lehrkräfte sind für uns keine Nebenforderungen, sondern müssen in der Einkommensrunde 2013 ebenfalls zufriedenstellend abgearbeitet werden.“

Der dbb halte es generell für richtig, Lehrkräften wegen ihrer hoheitlichen Tätigkeit den Beamtenstatus zuzugestehen. Dort, wo dies nicht geschehe, sei es allerdings nicht zu akzeptieren, dass angestellten Lehrkräften eine Entgeltordnung vorenthalten wird, wie sie überall für Arbeitnehmer im Länderbereich üblich sei. „Das muss sich ändern, nicht nur aus Sicht der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch aus ordnungspolitischen Gründen.“ Am Ende der Einkommensrunde müsse es daher auch



Im Vorfeld der Pressekonferenz hatten Bundesvorstand und Bundestarifkommission des dbb grünes Licht für die Einkommensforderung gegeben.



Nach der Verschmelzung von dbb und dbb tarifunion, die der dbb Gewerkschaftstag Mitte November 2012 in Berlin verabschiedet hat, wird sich die Kampfkraft deutlich erhöhen. Dies kann sich im Ernstfall auch auf der Straße widerspiegeln, wie hier 2012 in Bochum.

Der dbb fordert:

- > Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 6,5 Prozent inklusive einer sozialen Komponente
- > Erhöhung der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege) um 100 Euro
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- > Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- > Die Schaffung einer Grundtarifierung für Lehrkräfte
- > Keine Verschlechterung der Urlaubsregelungen
- > Erhöhung der Feuerwehrzulage um 25 Euro und deren Dynamisierung
- > Eine Laufzeit von 12 Monaten



dbb Chef Klaus Dauderstädt erläuterte die Einkommensforderung am 11. Dezember 2012 in Berlin. Links im Bild der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske, rechts dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ.

einen Rahmen für die Entgeltordnung (EGO)-Lehrkräfte geben.

> Faire Behandlung

Auch die Krankenschwestern und Straßenwärter, Lehrer und Polizisten, Justizvollzugsbedienstete und Steuerfahnder, Mitarbeiter der Verwaltungen und Behörden in den Ländern trügen ihren Teil dazu bei, dass Deutschland Tag für Tag rund um die Uhr funktioniere, so Dauderstädt weiter, „und dafür müssen sie genauso fair und angemessen bezahlt werden“.

Dauderstädt warnte die Länder-Arbeitgeber davor, „aus Deutschlands öffentlichem Dienst eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu machen, was Einkommens- und Arbeitsbedingungen angeht“. Schon heute seien die Unter-

schiede zwischen den Gebietskörperschaften mitunter „eklatant, und wer meint, dies habe keine Auswirkungen auf die gleiche öffentliche Dienstleistungspflicht, die unsere Verfassung vorschreibt, verkennt die Realitäten“.

> Demografie im Blick

Der dbb Chef unterstrich die demografische Komponente der Forderung: „In den kommenden Jahren fehlen dem öffentlichen Dienst auch in den Ländern Beschäftigte, insbesondere Fachkräfte, im sechsstelligen Bereich. Wer sich also heute nicht mit attraktiven Bedingungen und Perspektiven um den Berufsnachwuchs kümmert, hat morgen verloren“, so Dauderstädt. Er machte zudem deutlich, dass der dbb von den Ländern eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die ins-

gesamt rund zwei Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen erwartet.

Die Verhandlungen mit der TdL starten am 31. Januar 2013 in Berlin. Auf der Sitzung der dbb Gremien vor der Tarif-Presskonferenz hatte der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, die Delegierten am 11. Dezember 2012 auf die Einkommensrunde eingestimmt: „Wir werden Geduld und Geschlossenheit brauchen, wenn wir bis zur letzten vereinbarten Verhandlungsrunde am 8. März 2013 erfolgreich sein wollen“, so Russ. Verhandelt werde in Potsdam, aber gekämpft werden müsse möglicherweise bundesweit: „Hier erwarte ich von unserem neuen dbb nach der Verschmelzung noch mehr Kampfgeist bei beiden Statusgruppen.“



Erfolgsmodell: Der dbb Truck, der bereits die Einkommensrunde 2012 für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen begleitet hatte, wird auch im Vorfeld der Tarifverhandlungen 2013 für die Beschäftigten der Länder Station in deutschen Großstädten machen, um für eine gerechte Einkommenspolitik im öffentlichen Dienst zu werben. Hier im Bild dbb Tarifchef Willi Russ in Kiel.

Der Fahrplan

Die Einkommensrunde beginnt am 31. Januar 2013 in Potsdam. Die zweite Runde findet am 14. und 15. Februar 2013 statt, die Abschlussrunde ist für den 7. und 8. März 2013 terminiert. Eine Schlichtungsvereinbarung existiert nicht. Im Vorfeld der Einkommensrunde wird der dbb erneut mit einer Trucktour bundesweit für die Ziele der öffentlich Beschäftigten werben. Über die genauen Termine der Tour informiert der dbb auf seinen Sonderseiten zur Einkommensrunde im Internet: <http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2013>.



Gewerkschaftspolitischer Auftakt:

Der öffentliche Dienst als Vorbild

Es ist der öffentliche Dienst, der tagtäglich rund um die Uhr dafür sorgt, dass Deutschland funktioniert. Doch sind die Rahmenbedingungen dafür angesichts demografischer Veränderungen, Fachkräfte- und Nachwuchsmangels noch zeitgemäß? Was muss getan werden, damit der öffentliche Dienst auch künftig Vorbild und Vorteil für Deutschland ist? Zum traditionellen politischen „Schlagabtausch“ über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst wird der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich begrüßen. Auch Ralf Jäger, Innenminister des gastgebenden Landes Nordrhein-Westfalen, sowie die innenpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien werden ihre Einschätzungen bieten.

Grundsatzfrage ...

Die 54. dbb Jahrestagung, die vom 6. bis 8. Januar 2013 in Köln stattfindet, steht unter dem Motto „Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland“. Würden Sie diese Aussage mit einem Fragezeichen oder mit einem Ausrufezeichen versehen?“

... an Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich

„Ganz klar mit einem Ausrufezeichen! Ich sehe mich da im Übrigen von den Ergebnissen einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Oktober 2012 bestätigt. Deutschland steht danach auf Platz fünf der besten Industriestandorte der Welt. Und bei den Kriterien ‚Ordnungsrahmen,

Bürokratie und Rechtssicherheit‘ werden wir sogar auf den Plätzen zwei und drei gesehen. Unsere effektive und rechtsstaatliche Verwaltung, getragen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, gehört also zu den wichtigsten Standortvorteilen Deutschlands.“



► Dr. Hans-Peter Friedrich ...

... Jahrgang 1957, wuchs in Naila, Landkreis Hof in Oberfranken, auf und legte 1978 am Gymnasium seiner Heimatstadt das Abitur ab. Im Anschluss an den Wehrdienst studierte Friedrich von 1979 bis 1983 Rechtswissenschaften in München und Augsburg und schloss das Studium 1984 mit dem ersten, 1986 mit dem zweiten Juristischen Staatsexamen ab. In Augsburg hatte er parallel zur Rechtswissenschaft bis zum Vordiplom ein Studium der Wirtschaftswissenschaften aufgenommen, das er ab 1988 an der Fernuniversität Hagen weiterführte. 1988,

im Jahr seiner Promotion zum Doktor der Rechte, arbeitete der gebürtige Oberfranke, der seit 1974 als Mitglied in der Christlich Sozialen Union (CSU) politisch aktiv ist, im Bundeswirtschaftsministerium. 1990 wurde er zur Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft in die US-amerikanische Hauptstadt Washington D.C. abgeordnet und war nach seiner Rückkehr von 1991 bis 1993 Mitarbeiter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Referent der CSU-Landesgruppe für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Post und Telekommunikation. Von 1993 bis 1998 war er persönlicher

Referent des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Michael Glos. 1998 errang Friedrich sein erstes Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag. Im November 2005 war er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig für die politische Arbeit in den Bereichen Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus und Kommunalpolitik. 2009 wurde Hans-Peter Friedrich zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag gewählt. Das Amt des Bundesministers des Innern bekleidet er seit März 2011. ■

... an dbb Chef Klaus Dauderstädt

„Mit einem Ausrufezeichen – und zwar nicht nur qua Amt als dbb Bundesvorsitzender, sondern auch als Bürger, der weiß, dass er sich auf die Menschen im öffentlichen Dienst verlassen kann. Unsere jährlichen forsa-Umfragen zum Image des öffentlichen Dienstes belegen eindrucksvoll, dass immer mehr Bürger spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise wissen, dass der öffentliche Dienst einen bedeutenden Stabilitäts- und Standortfaktor in Deutschland

darstellt. Die Bürger wollen einen starken Staat, der seine Leistungen stets und überall zuverlässig und in gleichmäßig hoher Qualität erbringt. Um dies zu gewährleisten, stehen wir nicht zuletzt infolge der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um beispielsweise Nachwuchs- und Fachkräfte gleichermaßen zu gewinnen. Wir müssen Einkommen, Arbeitsbedingungen und Ausstattung den Erfordernissen der Zukunft anpassen.



sen. Was dabei im Einzelnen getan werden muss, werden wir auch auf der dbb Jahrestagung 2013 diskutieren.“

► Klaus Dauderstädt....

...geboren 1948 in Nördlingen, wurde von den Delegierten des Gewerkschaftstages im November 2012 zum Bundesvorsitzen des dbb beamtenbund und tarifunion gewählt. Die aktuelle 54. Jahrestagung ist somit die erste, die Dauderstädt als Gastgeber führt. Da der Jurist, der bis zur Übernahme des Vorsitzenden-Amtes

beim dbb Chef der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) war, nach dem Votum der Gewerkschaftstage 2003 und 2007 der dbb Bundesleitung als stellvertretender Bundesvorsitzender angehörte, weiß er natürlich über die Signalwirkung der dbb Tagung, die früh im Januar jeden Jahres die politische Diskussion nach der Weihnachtspause wieder eröff-

net, bestens Bescheid. Die Stammgäste der Jahrestagung dürfen deshalb – ebenso wie „Köln-Neulinge“ – mit Recht auf das Rededuell gespannt sein, in dem dbb Chef und Bundesinnenminister sich einer langjährigen Tradition folgend über Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten austauschen. ■

... an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

„Diese Aussage versehe ich mit einem dicken Ausrufezeichen. Beide Punkte sind für mich besonders wichtig. Eine echte Vorbildfunktion hat der öffentliche Dienst zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diesen Weg werden wir bei der anstehenden Modernisierung des Dienstrechts

konsequent weitergehen. Unser Ziel ist es, hier noch besser zu werden. Der große Vorteil des öffentlichen Dienstes sind seine besonders qualifizierten und motivierten Beschäftigten, ohne die unser Staat nicht funktionieren würde. Dafür gilt ihnen allen mein ausdrücklicher Dank!“ ■



... an den Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters

„Der öffentliche Dienst ist auf jeden Fall ein Garant für Rechtsstaatlichkeit und gute Verwaltungsführung. Mit seiner Leistung und Verlässlichkeit sichert er den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das höre ich auch von ausländischen Investoren

immer wieder. Aber andererseits ist auch eine größere Flexibilität des Beamten- und Tarifrechts nötig, um noch schneller auf die gravierenden Veränderungen in unserer Gesellschaft reagieren zu können.“ ■





Gewerkschaftspolitischer Auftakt

► Ralf Jäger ...

... wurde 1961 in Duisburg geboren. Nach dem Abitur 1981 absolvierte er von 1983 bis 1985 eine Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann. Danach war er bis 2000 als Fachreferent im Gesundheitswesen tätig. Von 1995 bis 2000 studierte Jäger Pädagogik an der Universität Duisburg. Von 1989 bis 2000 gehörte Ralf Jäger dem Rat der Stadt Duisburg an und amtierte dort zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.



Seit 2000 ist er Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen und war seit April 2004 Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Seit November 2004 amtierte Jäger als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und war in dieser Funktion zuständig für die Bereiche Innen-, Rechts- und Kommunalpolitik. Jäger ist Vorsitzender der gemeinnützigen Gesellschaft für Beschäftigungsförderung. Im Juli 2010 wurde Ralf Jäger zum Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen im Kabinett I von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ernannt. Nach den vorgezogenen Landtagswahlen im Mai 2012 wurde er im Kabinett II von Ministerpräsidentin Kraft erneut Minister für Inneres und Kommunales. Ralf Jäger ist verheiratet und Vater von drei Kindern. ■

► Marco Buschmann ...

... kam 1977 in Gelsenkirchen zur Welt. Nach dem Abitur 1997 studierte er Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 2004 absolvierte er sein Erstes Staatsexamen am Oberlandesgericht Düsseldorf und 2007 das Zweite Staatsexamen am Oberlandesgericht Hamm. Buschmann ist seit 1994 Mitglied der FDP. Von 1997 bis 2003 war er stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Gelsenkirchen und gehörte von 1998 bis 2003 dem erweiterten Bundesvorstand an. Seit 1998 ist Buschmann Mitglied im Bezirksvorstand der FDP. Seit 2004 war er stellvertretender Kreisvorsitzender und ist seit 2010 Kreisvorsitzender der FDP Gelsenkirchen.



2012 wurde Buschmann kommissarischer Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen. Buschmann trat bei der Bundestagswahl 2005 erstmals als Direktkandidat im Wahlkreis Gelsenkirchen an, verfehlte jedoch den Einzug in den Bundestag. 2009 kandidierte er erneut im Wahlkreis Gelsenkirchen und errang ein Bundestagsmandat. Buschmann ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht in der FDP-Fraktion und ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages. ■

► Michael Hartmann ...

... wurde 1963 im pfälzischen Pirmasens geboren und nahm nach dem Abitur das Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und der deutschen Volkskunde an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz auf. 1983 wurde er Mitglied der SPD. Von 1988 bis 1993 war Hartmann Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in seinem Wohnort Wackernheim, wo er von 1994 bis 1999 auch als Erster Beigeordneter der Gemeinde fungierte. 1995 übernahm Hartmann eine Tätigkeit als Referent beim SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, wurde 1999 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Mainz-Bingen und arbeitete in den drei folgenden Jahren im rheinland-pfälzischen Innenministerium als Pressesprecher. 2002 gewann er für die SPD das Direktmandat im Wahlkreis Mainz/Mainz-Bingen und gehört nun in der dritten Wahlperiode dem Deutschen Bundestag an. Hartmann vertrat die SPD-Bundestagsfraktion in den beiden vorangegangenen Wahlperioden als Berichterstatter beziehungsweise Obmann in großen Untersuchungsausschüssen, darunter dem Geheimdienst-Untersuchungsausschuss, dessen Arbeit er ab 2006 als stellvertretender Vorsitzender und seit November 2007 als Obmann begleitet. Seit Oktober 2011 ist Michael Hartmann innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied des Bundestags-Innenausschusses. ■



und Podiumsdiskussion

> Dr. Konstantin von Notz ...

... wurde 1971 im schleswig-holsteinischen Mölln geboren, verbrachte seine Kindheit und Jugend zunächst in Hamburg, dann in Frankfurt am Main, wo er 1991 seine Abiturprüfung ablegte. Nach dem Zivildienst studierte er Rechtswissenschaften in Heidelberg. 1998 absolvierte von Notz das Erste juristische Staatsexamen. Von 2001 bis 2004 war er Referendar am Lübecker Landgericht und legte 2004 das Zweite Staatsexamen ab. 2002 wurde er an der Universität Heidelberg promoviert. Danach war er Rechtsanwalt in Mölln. Seine politische Karriere begann 1995 mit dem Eintritt in die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2002 ist von Notz Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht von Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein und seit 2004 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in der Möllner Stadtvertretung. Von Notz war 2002 und 2005 Direktkandidat seiner Partei bei den Bundestagswahlen im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd) und ist seit 2005 Mitglied des schleswig-holsteinischen Parteirats. Als Spitzenkandidat der Grünen Schleswig-Holstein zog er 2009 in den Bundestag ein. Von Notz ist ordentliches Mitglied der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft und des Bundestags-Innenausschusses.



> Armin Schuster ...

... wurde 1961 in Andernach/Rhein geboren und besuchte von 1980 bis 1983 die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Köln und Lübeck. Von 1986 bis 1992 studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität Hagen und war in den Jahren 1986 bis 1989 zugleich im Bundesinnenministerium tätig, wo er von 1986 bis 1989 im CDU-Arbeitskreis Bundespolizei mitarbeitete. 1995 erwarb Schuster an der Hochschule der Polizei Münster die Laufbahnbefähigung für den höheren Dienst. Nach verschiedenen beruflichen Stationen, darunter leitenden Funktionen bei der Bundespolizei in verschiedenen Städten, war er von 1999 bis 2002 Dozent an der Fachhochschule des Bundes und Leiter Qualitätsmanagement in Lübeck. Von 2004 bis 2009 leitete Schuster als Polizeidirektor die Bundespolizeiinspektion in Weil am Rhein.



Schuster trat 1987 in die CDU ein und ist seit Oktober 2009 stellvertretender Vorsitzender des Lörracher CDU-Kreisverbandes. Bei der Bundestagswahl 2009 gewann der Christdemokrat das Direktmandat im Wahlkreis Lörrach-Müllheim und zog als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. Schuster ist unter anderem Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und des CDU-Arbeitskreises Polizei sowie ordentliches Mitglied des Bundestags-Innenausschusses.

> Frank Tempel ...

... kam 1969 im brandenburgischen Belzig zur Welt und absolvierte nach dem Besuch einer Polytechnischen Oberschule eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur zum Landmaschinen Schlosser. 1988 schlug er die Berufsoffizierslaufbahn bei der Nationalen Volksarmee der DDR ein, konnte sein Studium an der Offiziershochschule in Suhl infolge der politische Wende jedoch nicht beenden.



Ab 1993 absolvierte Tempel eine Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst in Thüringen, wechselte nach deren Abschluss im Dezember 1996 an die Polizeischule Meiningen, die er zwei Jahre später als Diplomverwaltungswirt (FH) verließ. 1999 wurde er zum Kriminalbeamten im gehobenen Dienst ernannt. Als Kandidat im Thüringer Wahlkreis Greiz-Altenburger Land bewarb Tempel sich 2005 erstmals für ein Bundestagsmandat, verfehlte jedoch den Einzug in das Parlament. Seit der Bundestagswahl 2009 gehört er der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag an. Zentrale Themen seiner politischen Arbeit sind eigenen Angaben zufolge die Vereinbarung von Innerer Sicherheit und Bürgerrechten sowie die Modernisierung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Dienstrechts. Frank Tempel ist ordentliches Mitglied des Bundestags-Innenausschusses.



Personal im öffentlichen Dienst:

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist überaltert. Das geht aus der aktuellen Ausgabe der statistischen Zahlensammlung „Zahlen Daten Fakten“ hervor, die der dbb regelmäßig herausgibt. Allein beim Bund werden in den kommenden 20 Jahren zum Beispiel gut die Hälfte der Beamtinnen und Beamten altersbedingt ausscheiden. Die Lage in Ländern und Kommunen stellt sich ähnlich dar. Vor dem Hintergrund klammer Haushalte handelt die Politik zögerlich bis gar nicht und steht damit im direkten Widerspruch zu den Erwartungen der Bevölkerung an den öffentlichen Dienst.

Im Jahr 2011 befanden sich 33 Prozent der Beamtinnen und Beamten des Bundes in der Altersstufe von 35 bis 54 Jahren. Weitere zwölf Prozent waren 55 bis 59 Jahre alt. Unter den Tarifbeschäftigten des Bundes gehörten 34,6 Prozent zur Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen,

ministerien sowie eigene Berechnungen des dbb sind, dass der öffentliche Dienst nicht genug Nachwuchskräfte ausbildet, um diesem Trend entgegenzuwirken. 2011 befanden sich beim Bund 5 313 Beamtenanwärter und 8 692 Auszubildende im Tarifbereich in Ausbildung.

Demografiepakt gefordert

Aus diesem Grund hat der dbb im November 2012 einen Demografiepakt vorgeschlagen, der als Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Ruhestandspakt funktionieren und die Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung unterstützen soll. Um den Wettstreit um die besten Arbeitsplätze zu gewinnen, müsse der öffentliche Dienst sichere, unbefristete Jobs zusagen, Aufstiege anbieten und Karriere fördern.

Damit zieht der dbb auch Konsequenzen aus den Erfahrungen der „dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“, deren Ergebnisse seit Jahren unterstreichen, dass sich Bürgerinnen und Bürger einen handlungsfähigen Staat und einen funktionierenden öffentlichen Dienst wünschen: Die Bürgerbefragung 2012 hat diesen grundlegenden Trend auch im sechsten Jahr ihrer Erhebung bestätigt. Demnach halten immer mehr Bürger eine starke Verwaltung für unerlässlich. Das Image der Beamten stabilisiert sich im positiven Bereich. Allerdings legt die Untersuchung nahe, dass das Beamtentum häufig immer noch abhängig von den unterschiedlichen Berufsbildern bewertet wird. Die Studie hält aber auch eine eindeutige Warnung an die Politik bereit: Das Vertrauen der Bürger allgemein, speziell der Beschäftigten



Demografiegerechte Personalpolitik im öffentlichen Dienst setzt einerseits auf qualifizierte, junge Fachkräfte ...

13,8 Prozent waren 55 bis 59 Jahre alt. Insgesamt sind rund 75 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst älter als 35 Jahre. 52,2 Prozent der Bundesbeamten werden in den kommenden 20 Jahren in den Ruhestand treten. Gleichzeitig belegen die Zahlen, deren Grundlage Material der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes, Informationen der Bundes-

zu kämpfen haben.“ Dauderstädt fordert von der Politik ein rigores Umdenken in Sachen Nachwuchsgewinnung: „Haushalterische Überlegungen allein werden den öffentlichen Dienst nicht zukunftsfähig machen, zumal sich qualifizierte Interessenten bereits heute oft für eine Ausbildung oder einen besser dotierten Job in der Wirtschaft entscheiden.“

„Der öffentliche Dienst befindet sich in der Altersfalle“, konstatiert der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Wo die Daseinsvorsorge heute noch reibungslos funktioniert, wird sie morgen mit massiven Personalproblemen

im öffentlichen Dienst in die Politik erodiert, während die Menschen der Meinung sind, die Wirtschaft mache, was sie wolle.

83 Prozent der Befragten gaben an, dass eine starke Verwaltung unerlässlich ist. Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat braucht, stimmten dagegen mit elf Prozent noch etwas weniger Bürger zu als in den Vorjahren. Allerdings hatten 74 Prozent den Eindruck, dass sich der Staat nicht gegen große Konzerne durchsetzen kann – daraus spricht eine gewisse Resignation, die das Primat der Politik in Frage stellt.

> Vertrauen in die Politik erodiert

Bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst selbst ist das Vertrauen in die Politik ebenfalls gesunken: 70 Prozent haben den Eindruck, dass die Politik kein Verständnis für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes habe. Insbesondere die Regierungsparteien verlieren überdurchschnittlich an Vertrauen. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Beschäftigten sich von der Politik im Stich gelassen fühlen, obwohl der öffentliche Dienst gerade in Krisenzeiten ein Stabilitätsanker sein sollte.

Auf der anderen Seite bleiben die Bürgerinnen und Bürger dem öffentlichen Dienst gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt: 69 Prozent der Behörden-Besucher hatten das Gefühl, dass ihre Angelegenheit zügig bearbeitet wurde. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wurden dabei mehrheitlich als qualifiziert (84 Prozent) und freundlich (86 Prozent) wahrgenommen. Daher würde auch nur eine Minderheit (17 Prozent) weitere Privatisierungen begrüßen. Ebenso hat sich das Ansehen der Beamten in der Bevölkerung stabilisiert.

Wenn dieses Vertrauen der Menschen in den öffentlichen Dienst auch künftig nicht enttäuscht werden soll, muss die Politik jetzt auf die sich abzeichnende Demografiefrage

reagieren, indem sie die Attraktivität des Arbeitgebers öffentlicher Dienst erhöht. Das ist umso dringender, da der Personalabbau im öffentlichen Dienst ungeachtet demografischer Faktoren anhält. Seit dem Jahr 1991 sind mehr als

900 000 Stellen abgebaut worden, der Personalkostenanteil am Gesamthaushalt der Bundesrepublik ist entsprechend von zwölf auf 8,9 Prozent gesunken – Tendenz bis 2015 weiter fallend.

Zwar sind noch immer 71 Prozent der Beschäftigten mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen zufrieden und nur 19 Prozent können sich einen beruflichen Wechsel in die Privatwirtschaft vorstellen. Bei den Einkommen fühlen sich die Beschäftigten aber ungerecht behandelt. So meinen 85 Prozent, die Einkommen seien im Vergleich zur Privatwirtschaft weniger stark gestiegen. Die Erwartungen an die Zukunft sehen ähnlich aus: 82 Prozent glauben, dass die Einkommen auch in den nächsten Jahren nur in geringerem Maße steigen werden als in der Privatwirtschaft. Beide Werte waren zuletzt 2007 so hoch.

> Attraktivität erhöhen

Auch die Einschätzungen der Beschäftigten zur Stellung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften zeigen, dass Handlungsbedarf besteht: Mit 57 Prozent sieht die Mehrheit die öffentliche Hand bei der Fachkräftegewinnung benachteiligt. Als Grund wird in erster Linie das niedrigere Einkommensniveau gegenüber der Wirtschaft genannt sowie mangelnde Vielfaltigkeit und Karrierechancen.



... und nutzt andererseits die Erfahrung und das Know-how der älteren Beschäftigten.

Der dbb hat die Politik bereits im November 2012 aufgefordert, auf die Zeichen der Zeit zu reagieren und vermehrt in Ausbildung und Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst zu investieren, damit am Ende nicht Beschäftigte und Bürger gleichermaßen die Leidtragenden sind und der Standortvorteil, den die Menschen im öffentlichen Dienst für die Bundesrepublik erwirtschaften, bröckelt. dbb Chef Klaus Dauderstädt ist überzeugt, wer den Wettstreit um den attraktiveren Arbeitsplatz gewinnen will, muss auch entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. „Von selbst kommen qualifizierte Fachkräfte und motivierte Einsteiger nicht, wir müssen ihnen berufliche Perspektiven bieten!“

Dazu gehören für Dauderstädt neben Einkommensstrukturen, die mit der Wirtschaft konkurrieren können, unbefristete Jobzusagen, transparente Aufstiegschancen, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, karriereorientierte Qualifikationsmodelle, aber auch angemessene Arbeitszeiten und Erholungsphasen für ältere Mitarbeiter sowie flexible Renten- und Pensionsmodelle: „Denn trotz aller Nachwuchsprobleme dürfen wir nicht auf die Erfahrungsschätze unserer älteren Beschäftigten verzichten. Sie mögen zwar nicht die schnellsten Läufer sein. Aber sie kennen die besten Abkürzungen.“ ■



Das Fachthema:

Der öffentliche Dienst als Vorteil

Der fachbezogene Teil der dbb Jahrestagung, der aufzeigen möchte, wie vielfältig die Vorteile sind, die der öffentliche Dienst den Bürgern bietet, wird am Dienstag, den 8. Januar, vom Bundesverfassungsrichter a. D. Udo Di Fabio eröffnet. Sein Vortrag widmet sich der Rolle der Justiz als Kontrollinstanz für die Politik. Beim folgenden Streitgespräch zwischen Dr. Gerd Landsberg, dem Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Patrick Döring, FDP-Generalsekretär, wird es – erneut unter der Moderation von Tom Buhrow – um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben gehen.

dbb journal

Nicht-Regierungsorganisationen agieren immer öfter als Korrektiv zur Politik, indem sie bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht erfolgreich gegen politische Entscheidungen klagen. Wird Deutschland falsch regiert?

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Hochschullehrer und Bundesverfassungsrichter a. D.

„Im internationalen Vergleich wird Deutschland sehr gut regiert, unser Land ist eine weltoffene Demokratie auf dem sicheren Fundament des sozialen Rechtsstaates. Doch auch die Mehrheitsherrschaft kann Fehler machen und braucht eine kritische öffentliche Meinung. In

diesem Sinne sind NGOs zwar weder demokratischer als ein Parlament oder wissender als ein Sachverständigenrat, aber sie fordern etwas ein, kritisieren und halten einen Spiegel vor. Im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung sind NGOs wichtig.“



> Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio ...

... gehörte von 1999 bis Ende 2011 auf Vorschlag der CDU dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts an. Der Verfassungsrichter a.D., der 2003 eine Professur am Institut für öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn übernahm, lehrt dort bis heute Staatsrecht. Di Fabio wurde 1954 als Enkel eines italienischen Einwanderers geboren, der als Stahlarbeiter nach Gelsenkirchen gekommen war.

Von 1970 bis 1980 war Udo Di Fabio zunächst als Verwaltungsbeamter im mittleren Dienst der Stadt Dinslaken tätig. 1985 legte er das Zweite juristische Staatsexamen ab und arbeitete bis 1986 als Richter am Sozialgericht Duisburg. Seine Promotion zum Doktor der Rechte legte Di Fabio 1987 am Institut für öffentliches Recht der Universität Bonn ab, wo er von 1986 bis 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. 1990 wurde er in Duisburg zudem

im Fach Sozialwissenschaften promoviert. Nach seiner Habilitation zum Thema „Risikoentscheidungen im Rechtsstaat“ 1993 übernahm Di Fabio zunächst an der Universität Münster und dann auch an der Universität Trier eine Professur. Ab 1997 lehrte der Staatsrechtler an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und kehrte 2003 als Professor an seine Alma Mater nach Bonn zurück. Udo Di Fabio ist verheiratet und Vater von vier Kindern. ■



dbb journal

Die Strategie „Privat vor Staat“ galt in großen Städten wie kleineren Kommunalverbänden lange als probates Mittel zur Entlastung der Haushalte. Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht Möglichkeiten und Grenzen einer Privatisierung öffentlicher Aufgaben?

Dr. Gerd Landsberg, DStGB-Hauptgeschäftsführer

„Die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben ist kein Allheilmittel und in der Regel auch nicht geeignet, die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt nach der Wirtschafts- und Finanzkrise die Privatisierung kommunaler Aufgaben weitgehend ab. Im Gegenteil, die Menschen erwarten von ihrer Stadt zunehmend die Erfüllung von zusätzlichen Aufgaben und wollen insbesondere die Steuerung durch die öffentliche Hand gesichert wissen. Gerade Einrichtungen der Kommunalwirt-

schaft genießen bei den Einwohnern regelmäßig hohes Vertrauen und darin wird auch die Chance gesehen, die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort mit zu gestalten. Das schließt allerdings nicht aus, dass im Einzelfall die Privatisierung oder aber die Beteiligung von Privaten (Public Private Partnership) der richtige Weg sein kann. Bei der Energiewende entstehen zunehmend neue Kooperationsforen zwischen Bürgern und Kommunen, wie zum Beispiel Bürgerwindparks oder Bürgergenossenschaften, an denen teilweise wieder-



rum auch Private beteiligt sind. Die Entscheidung über eine Privatisierung muss jeweils vor Ort unter Abwägung der Vor- und Nachteile getroffen werden.“

> Dr. Gerd Landsberg ...

... wurde 1952 im unterfränkischen Wiesenbronn geboren. Nach Abitur und Grundwehrdienst nahm er ein Studium der Rechts- und Politikwissenschaften an der Universität Bonn auf und war dort nach seinem Examen im „Institut für Steuerrecht und Römisches Recht“ als Assistent tätig. 1981, im Alter von 29 Jahren, legte er seine Promotion ab. Von 1981 bis

1989 arbeitete Landsberg als Richter am Landgericht Bonn sowie im nordrhein-westfälischen Justizministerium in Düsseldorf und wechselte später als Referent ins Bundesjustizministerium, wo er erstmals mit Fragen des nationalen und internationalen Umweltrechts in Berührung kam. 1991 wurde Landsberg zum Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf ernannt und im darauffolgenden Jahr zum Beigeordneten des Deutschen

Städte- und Gemeindebundes (DStGB) gewählt. 1994 übernahm der Verwaltungsjurist die Leitung des DStGB-Büros Bonn. 1996 wurde Landsberg zum geschäftsführenden Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gewählt. Seit dem 1. Januar 1998 führt er den kommunalen Spitzenverband von der Hauptgeschäftsstelle aus, die ihren Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin hat. ■



dbb journal

Der marktliberale Wirtschaftsansatz der FDP, der auch Privatisierungen öffentlicher Aufgaben einbezieht, und der Wunsch der Bürger – so zahlreiche Umfrageergebnisse – nach einem Mehr an Staat, nach einem starken Staat – wie passt das zusammen?

Patrick Döring, FDP-Generalsekretär

„Der politische Liberalismus, den in Deutschland allein die FDP vertritt, wird oft und fälschlich bezichtigt, den Markt wie einen Götzen anzubeten. Wer sich die Mühe macht – oder besser: das Vergnügen –, unser neues Grundsatzprogramm zu lesen, der wird anderes feststellen: Liberaler Politik geht es um die Freiheit des Einzelnen, um die Chancen für jeden und Freiheitsordnungen für die offene Bürgergesellschaft.

Die offene Gesellschaft, auf die wir stolz sind, ist heute ein sehr komplexes, vernetztes Gebilde. Für alle Problemlösungen zuständig zu sein, das

überfordert Verwaltung wie Staatshaushalt. Sie erleben es tagein, tagaus – der Staat stößt an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit. Deshalb sagen wir Liberale: Wir brauchen eine neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt, Zivilgesellschaft und uns Bürgern.

Um nur zwei Punkte zu nennen: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern müssen klarer strukturiert werden. Gemeinden dürfen vom Bund oder von den Ländern nur noch mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, wenn der Gesetzgeber dafür die Finanzierung gewährleistet. Und



um mit einem anderen Vorurteil aufzuräumen: Die FDP ist nicht für den schwachen, sondern für den schlanken und funktionsfähigen Staat. Ich möchte mit Ihnen hier in Köln darüber erfrischende Gespräche führen.“

> Patrick Döring ...

... kam 1973 im niedersächsischen Stade zur Welt. Nach dem Abitur 1992 nahm er an der Universität Hannover ein Studium der Wirtschaftswissenschaften auf, das er 1997 als Diplom-Ökonom abschloss. Döring wurde 1991 FDP-Mitglied und engagierte sich von 1994 bis 1997 als

stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale. 1996 wurde er Mitglied des Landesvorstandes der FDP Niedersachsen und gehört dort seit 2000 dem geschäftsführenden Vorstand an. 2005 zog er über die Landesliste Niedersachsen in den Bundestag ein. 2009, nach erneuter Wahl in den

Deutschen Bundestag, wurde Döring Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und fungiert als Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Verkehr. Er ist seit 2010 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im April 2012 wurde Patrick Döring von den Delegierten des FDP-Bundesparteitages zum Generalsekretär gewählt. ■

> Tom Buhrow ...

... berichtete mit kurzer Unterbrechung beinahe fünfzehn Jahre für den Westdeutschen Rundfunk (WDR) und die ARD aus Washington und moderiert seit 2006 die ARD-Tages-themen. Der Journalist, der zu den bekanntesten Gesichtern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zählt, wird sowohl den politischen Auftakt als auch den Fachteil der dbb Jahrestagung 2013 als Moderator begleiten. Buhrow kam 1958 in Troisdorf bei Bonn zur Welt und verbrachte bereits als Schüler zwei Jahre in den Vereinigten Staaten. Nach dem Abitur studierte er in Bonn Geschichte



und Politikwissenschaften und startete 1978 seine journalistische Laufbahn in der Lokalredaktion Rhein-Sieg des „General Anzeigers“. Nach

dem Examen volontierte Buhrow von 1985 bis 1986 beim WDR und war dort von 1986 bis 1992 als Fernseh-Redakteur und später als Reporter und Chef vom Dienst für die „Aktuelle Stunde“ tätig. Im Oktober 1992 wechselte Buhrow als ARD-Reporter in die Tagesschau-Redaktion des WDR und arbeitete von 1993 bis 1999 als Fernsehkorrespondent im ARD-Studio Washington. Von 2000 bis 2002 war er ARD-Korrespondent in Paris und kehrte im Juli 2002 als Korrespondent und Leiter des ARD-Studios Washington in die USA zurück. Tom Buhrow ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern. ■

Mitgliederentwicklung 2012:

Gegen den Trend im Plus

Beim dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften hält der seit vielen Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend auch für 2012 an: Ende vergangenen Jahres gehörten dem dbb 1 271 563 Mitglieder an. Dieses Plus ist nicht zuletzt erneut den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu verdanken, die für ihre Mitgliedsgewerkschaften die Werbetrommel gerührt und sich an der dbb Mitgliederwerbaktion 2012 beteiligt haben.

Mit seinen jährlich wechselnden Werbeaktionen unterstützt der dbb bereits seit 1991 die Mitgliederwerbung seiner Fachgewerkschaften. Für neu geworbene Mitglieder gibt es für die Werber als Anerkennung Wertschecks zum Sammeln, die gegen Einkaufsgutscheine nach Wahl eingelöst werden können. Am Ende der Aktionen wird zusätzlich unter allen Werbern ein Superpreis verlost.

2012 wird dies eine digitale Spiegelreflexkamera auf Profiniveau sein.

Die Einkaufsgutscheine können bei über 200 Partnerfirmen mit mehr als 25 000 Filialen eingelöst werden. Elektronik und Möbel, Reise und Sport, Beauty, Unterhaltung oder Gastronomie, für jeden Geschmack ist etwas dabei, und auch hier gilt: Wer mehrfach wirbt, kann seine Wertschecks bei der Einlösung addie-

ren, sodass auch größere „Anschaffungen“ getätigt werden können.

Die aktuelle Mitgliederstatistik weist für 2012 ein Plus von 5 843 Mitgliedern gegenüber 2011 aus. Mittelfristig konnte der dbb seinen Mitgliederbestand allein in den letzten drei Jahren um mehr als 10 000 Mitglieder steigern. Das ist ein umso bemerkenswerterer Erfolg, weil im selben Zeitraum sämtliche vergleichbaren Zusammenschlüsse und Organisationen zum Teil mit dramatischen Mitgliederverlusten zu kämpfen hatten – und immer noch haben. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 gehörten dem dbb 906 820 Beamte und 364 743 Tarifbeschäftigte an. 869 942 der Mitglieder sind männlich, 401 621 weiblich. ■

dbb Mitgliederwerbung 2013

Mehrwert für Mitglieder

Werben Sie für Ihre Fachgewerkschaft ...

... und der dbb belohnt Sie mit einem Wertscheck und verlost am Ende der Aktion unter allen Werbern zusätzlich einen attraktiven Sonderpreis.

Aktion: 1. 1. 2013 bis 31. 12. 2013

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung
Telefon 030.4081-40
Fax 030.4081-5599



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin





3. dbb Innovationspreis ausgeschrieben:

Vorbildliche Initiativen, vorbildliches Handeln

Der dbb hat zum dritten Mal seinen 2011 gestifteten und mit 50 000 Euro dotierten Innovationspreis ausgeschrieben. Mit der Auszeichnung will der gewerkschaftliche Dachverband Neuerungen im öffentlichen Dienst initiieren, fördern und der breiten Öffentlichkeit als Vorbild bekannt machen. Der dbb will dabei Anreize setzen für neue Ideen, für bürgerfreundliche Reformen sowie für sorgsamen Umgang mit Mitteln und Personal.

Mit 87 Bewerbungen aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes wurden 2011 die ersten Erwartungen bei Weitem übertroffen – und der unabhängigen Jury ihre Arbeit nicht gerade leicht gemacht. Dennoch fiel die Entscheidung über den Hauptpreis einstimmig: Er ging an die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz für die Entwicklung der 3D-Simulationssoftware SAFER zur Ausbildung ehrenamtlicher Helfer im Katastrophenschutz.

Führungskräfte aus Feuerwehr, Polizei, Krankenhäusern und Rettungsdiensten bewegen sich in einem computersimulierten Szenario und können aktiv in Rettungshandlungen eingreifen. Reale Ortsdarstellungen und Zeitabläufe werden simuliert, eine detaillierte Fehleranalyse ist möglich. SAFER erlaubt, Unglücksart, Schadenslage, Wetterverhältnisse einzustellen und virtuell die tatsächlich vorhandenen Kräfte einzusetzen. So können sich diese adäquat auf die Bewältigung von Großschadenslagen vorbereiten.

Die zeitliche Belastung der ehrenamtlichen Helfer durch SAFER-Training gegenüber realitätsnahen Großübungen sinkt – ganz zu schweigen von den Kosten. Eine Vollübung, berichtete Oberbrandrat Carl-Werner Schmidt,

kostet bis zu 300 000 Euro, und wenn dabei Fehler gemacht werden, kann man sie schwerlich durch erneutes Üben korrigieren. SAFER erlaubt mehrfaches Durchspielen. Das große Ziel, Patienten möglichst schnell und in möglichst gutem Zustand in die Krankenhäuser zu bringen, rückt so näher. Taktik-Standards und realistische Zeitskalen für die Einsätze können ebenso entwickelt werden wie Ratschläge für die Politik. „Das Interesse an SAFER ist bereits groß und wird sicher weiter wachsen“, sagte Schmidt. 6 000 ehrenamtliche Helfer werden bisher jährlich geschult.

► **Projekt „P23R“ erhält dbb Innovationspreis 2012**

Der dbb Innovationspreis 2012 ging an den Prozess-Daten-Beschleuniger „P23R“ der Fraunhofer-Gesellschaft. Ähnlich wie im Vorjahr belegten Preisträger und eingegangene Bewerbungen, dass Deutschlands öffentlicher Dienst in Lösungen denkt, nicht in Problemen. Die feierliche Preisverleihung fand am 15. Oktober 2012 im dbb forum berlin statt.

Das Projekt „P23R“ unter Federführung des Berliner Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) hat im Auftrag des Bundesinnenministeriums mit namhaften Pilotpartnern wie DATEV und BASF und in Kooperation mit zahlreichen



beteiligten Behörden ein Datenübermittlungsprinzip entwickelt, um die zahlreichen Informations- und Meldepflichten – kostspielig für Unternehmen, aufwändig für die Verwaltung – medienbruchfrei und automatisch erfüllbar zu machen. Das Projekt leistet einen Beitrag zur Dienstleistungsorientierung der öffentlichen Verwaltung, von der die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen heute zu Recht eine schnelle, einfache und serviceorientierte Erledigung ihrer Anliegen erwarten. Sie wollen eine Verwaltung, die sie unterstützt, ja die vielleicht sogar Behördengänge überflüssig macht – die zumindest aber die technologischen Möglichkeiten zur Vereinfachung nutzt und effiziente Zugangswege eröffnet. Dies leiste der Prozessdatenbeschleuniger, der damit zugleich „einen großen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung und zum Bürokratieabbau darstellt, machte Kanzleramtsminister Ronald Pofalla in seiner Laudatio deutlich.



Sieger 2011: Oberbrandrat Carl-Werner Schmidt machte die praktischen Vorzüge der 3D-Simulationssoftware SAFER anschaulich.

P23R-Projektleiterin Petra Steffens erläuterte die Entwicklung und Dimension des Prozessdatenbeschleunigers, dessen Kurzbezeichnung „P23R“ das neu entwickelte Prinzip symbolisch verdeutlichen soll: Durch das Einsetzen der Zahl 23 wird das „Wortungetüm“ Prozessdatenbeschleuniger ganz deutlich vereinfacht, wobei die 23 die Zahl der Buchstaben zwischen dem ersten und letzten Buchstaben darstellt.

Um eine eben solche Vereinfachung ging es den Machern von P23R: Aufgrund nationaler Gesetze und Verordnungen existieren mittlerweile über 10 000 Meldepflichten, die den Unternehmen Datenübermittlungen an die Verwaltung abverlangen. Bürokratiekosten von über 50 Milliarden Euro auf Seiten der Wirtschaft sind die Folge, denn es gibt weder zentrale Informationsdienste für die jeweils relevanten Meldepflichten, die häufig zu gleichartigen Sachverhalten gegenüber verschiedenen Behörden bestehen, noch einheitliche elektronische Datenübertragungssysteme, so Steffens.

Auch für die Behörden führten Prüfungen und Rückfragen wegen unterschiedlicher Datenqualität zu

erhöhtem Aufwand. Petra Steffens: „Eine aufwändige Analyse der heutigen Meldesituation führte uns zur Entwicklung des P23R-Prinzips, das Schluss macht mit unnötigen Mehraufwänden und elektronischen In-sellösungen: Als digitales Bindeglied zwischen Unternehmen und Verwaltung verbindet es methodische, technische und organisatorische Elemente, um Verbesserungen bei Bürokratielasten, Datenqualität und Transparenz für alle Prozessketten-Beteiligten in Wirtschaft und Verwaltung zu realisieren. Steffens betonte, dass es sich bei dem P23R-Ansatz, der im Rahmen des IT-Investitionsprogramms der Bundesregierung entwickelt wurde, um nicht weniger als einen „grundlegenden Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung“ handele: „Wir haben belegt, dass der Prozessdatenbeschleuniger allgemein praxistauglich und zugleich individualisierbar für einzelne Anwender ist.“ Vor diesem Hintergrund müssten nun zügig die Voraussetzungen für einen großflächigen Einsatz geschaffen werden, um den „überproportionalen Nutzen unserer Lösung möglichst vielen Unternehmen und Behörden zugänglich zu machen“.

► **Innovationspreis 2013 wird in Leipzig vergeben**

Die Ausschreibung für den Innovationspreis 2013 erfolgt in Kürze auf der dbb Homepage sowie in einschlägigen Fachmedien. Erneut wird der dbb ein außergewöhnliches, nachahmenswertes Projekt mit 50 000 Euro auszeichnen. Die Preisverleihung findet nicht in Berlin, sondern erstmals in Leipzig statt und wird mit dem Kongress der dbb akademie „neueVerwaltung“ verknüpft. Diese jährlich durchgeführte Veranstaltung widmet sich dem Generalthema eGovernment mit wechselnden Schwerpunkten und ist der größte ihrer Art im deutschsprachigen Raum. Dem Kongress ist eine Fachausstellung angeschlossen, die den Charakter des Kongresses als „Marktplatz der Informationen“ unterstreicht und den Besuchern die Möglichkeit bietet, sich direkt über aktuelle Angebote zu informieren. Der Kongress soll den Austausch von Erfahrungen und neuen Ideen unter den Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung fördern. Genau das richtige Podium also, um dem dritten Innovationspreis des dbb die Aufmerksamkeit des Fachpublikums und der Medien zu sichern. ■



Preisträger 2012: Das „P23R“-Team der Fraunhofer-Gesellschaft um Projektleiterin Petra Steffens (7. von rechts), Leiterin Business Development E-Government am Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS, bekommt den dbb Innovationspreis 2012. Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen (links) und Laudator, Bundeskanzleramts-Chef Ronald Pofalla (7. von links), überreichen den mit 50 000 Euro dotierten Award im dbb forum berlin.



Vorbildliches satirisch betrachtet

Es ist mal wieder soweit: Eine wachsende Schar von Bundestagsabgeordneten will endlich den gläsernen Abgeordneten schaffen. Zu Ende wäre dann das Rätselraten um die tatsächliche Höhe der Einkommen unserer Volksvertreter. Erste zaghafte Schritte in diese Richtung gibt es schon, denn jeder Abgeordnete steht in der Pflicht, dem Parlament seine Mitgliedschaft in lukrativen Gremien mitzuteilen und veröffentlichen zu lassen. Demzufolge wissen wir genau, wer sich ein Zubrot verdienen muss. Was wir besser nicht wissen, ist die Höhe der Nebeneinkünfte aus diesen immer ehrenvollen, aber mitnichten immer ehrenamtlichen Tätigkeiten, denn anderenfalls käme es nur zu Irritationen und zu Verwerfungen im Weltbild des Wählers. Deshalb kann den Abgeordneten nur geraten werden, ihren Ruf nach dem gläsernen Abgeordneten zu unterdrücken. Wenn schon gläsern, dann reicht die Milchglasscheibe aus Panzerglas allemal. Da kommt niemand in die Versuchung, den Zipfel ungehörig zu lüften, um sensationslüstern Einblicke in anderer Leute Geldbörsen zu verlangen. Das beweist doch die gläserne Bezahlung im öffentlichen Dienst. Besoldungs- und Vergütungstabellen geben Hinz und Kunz die Möglichkeit, genau nachzulesen, was Herr X oder Frau Y vom Amt verdienen. Ist das schon peinlich genug, ist es geradezu beunruhigend für die meisten Kolleginnen und Kollegen, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, dass sich offenbar noch niemand ernsthaft mit den Einkommen im öffentlichen Dienst beschäftigt hat. Wie sonst ließe sich die Tatsache erklären, dass für die Mehrheit der Bürger, Medienvertreter eingeschlossen, Besoldung und Vergütung beim Gehalt eines Ministerialrats anfängt?

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft liegen die Trend-Locations deutscher Hochzeitspaare. Die langweiligen Eheschließungen im Trauzimmer der örtlichen Rathäuser sind mega-out. Geheiratet wird auf der Zugspitze oder auf einem Segelschiff, in Tropfsteinhöhlen oder im Flugzeug, am Strand unter freiem Himmel oder im Schwimmbad. Schlösser, Edelrestaurants oder Zoologische Gärten bieten sich bundesweit als ausgefallene Hochzeitsstuben an. Getraut wird im Affenhaus ebenso gerne wie im Löwen- oder Elefantengehege. Besonders trendige Hochzeits-Locations bietet Berlin. Heiratswillige geben sich das Jawort auf dem Fernsehturm, im Glasaufzug des Sealife-Aquariums oder in Clärchens Ballsaal, der die Aura des neunzehnten Jahrhunderts ausstrahlt. Wer mag, kann die Zeremonie im Ritz-Carlton oder im Hotel Adlon stattfinden lassen, und wer befürchtet, dass Braut oder Bräuti-



gam das Weite suchen könnten, bevor der hoheitliche Akt vollzogen wurde, entscheidet sich für eine Yacht, eine Barkasse oder vielleicht auch für das historische Motorschiff „Heinrich Zille“. Für Workaholics ist es selbstverständlich möglich, samstags zu heiraten oder die Zeremonie mit der Fahrt ins Büro zu verbinden und in der S-Bahn den Bund fürs Leben einzugehen. Ganz schön flexibel: nein, nein, nicht die Hochzeitspaare, sondern die Kommunen und die Standesbeamten.

Jedem seine Pflanze: den Pfadfindern die Lilie, den Liebenden die Rose, den Bankern der Geldbaum und den Beamten die Sansevieria. An ihren Pflanzen sollt Ihr sie erkennen, und nicht von ungefähr gehört die Sansevieria, auch als Bogenhanf bekannt, zu den beliebtesten Büropflanzen im öffentlichen Dienst. Der Beamte weiß, was er an seiner Pflanze hat, ist sie doch mit all jenen Eigenschaften ausgestattet, die sein Wesen und seine Arbeit für das Gemeinwohl kennzeichnen. Die Sansevieria ist unverwundlich und gedeiht auch in rauen Landschaften prächtig. Sie kommt in fröhlichen Farben daher, wahrt stets tadellos Haltung und streckt ihre Blätter stolz in die



Luft. Zudem setzt die Sanseveria ihre schier unerschöpfliche Kraft für ihre Umwelt ein und sorgt für ein gesundes und ausgeglichenes Klima. Sie reinigt nicht nur die Luft, sondern verbessert auch die Luftfeuchtigkeit in trockenen Räumen. Trockenphasen, Schatten oder grelle Sonne machen ihr nichts aus, wenn sie alle zwei bis drei Wochen ein Schlückchen Wasser bekommt. Namensgeber der Sanseveria ist Raimondo di Sangro, Fürst von Sansevero. Man sagt ihm Beamtentugenden nach: Er sei nobel gewesen, habe nie auf andere herabgeschaut und sein Leben in den Dienst der Menschheit gestellt. Falls Sie eine solche Pflanze besitzen, seien Sie nett zu ihr, Sanseverien haben es verdient ...

Der öffentliche Dienst steht vor einer Mammutaufgabe: Er muss ins und ans Netz und dem Bürger mit einer virtuellen Verwaltung rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr ein attraktives Serviceangebot zu Füßen legen. Der moderne Bürger bestellt die Dinge des Lebens schließlich seit Langem schon per E-Mail, nutzt zunehmend die Möglichkeiten des E-Commerce, zahlt per E-Banking, bildet sich durch E-Learning fort, beteiligt sich an E-Games und begeht mittlerweile sogar E-Crimes. Logisch, dass in Kürze auch das E-Government die Regel, der Gang zum Amt die Ausnahme sein wird. Das ist den politisch

Verantwortlichen längst bekannt, und zahlreiche Arbeitskreise, Kommissionen und Ausschüsse haben sich bereits mit dem Thema beschäftigt. Erste Ergebnisse werden erprobt: Der Online-Bürger soll künftig nicht nur animiert werden, möglichst täglich den Kontakt zu seinen Lieblingsbehörden zu suchen, sondern darüber hinaus ein neues, ungetrübtes und vorurteilsfreies Verhältnis zum öffentlichen Dienst gewinnen. Dafür haben anerkannte Website-Designer ein ausgeklügeltes System neuer Links, Frames und Metatags entwickelt, die den Bürger durch das E-Government lotsen und von Verwaltungs-E-Vent zu Verwaltungs-E-Vent führen. Damit auch Ahnungslose und PC-Abstinenzler sich davon überzeugen können, dass die Verwaltungszukunft schon begonnen hat, wird ein neues öffentlich-rechtliches Programm als E-Government-TV (EGO-TV) online gehen und den Weg vom Vordruck, dreifach, zum E-Mail-Formular weisen. Dem Internet-Behörden-TV gehört ohnehin die Zukunft, denn es ermöglicht den verwaltungstechnischen Idealzustand: Online gehen, wahlweise die nette Sachbearbeiterin oder den ebenso netten Kollegen anklicken und schon kann es losgehen. Schnell, bequem, einfach. Über die Zugriffsmodalitäten streiten die Experten allerdings immer noch, wahrscheinlich muss ein mehrseitiges Formular ausgefüllt werden ...

Die Privaten können alles besser, heiß und heiß es immer wieder, wenn es um Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung geht. Inzwischen sind zumindest die Bürger nicht mehr so sicher, aber Politiker sind nun einmal oft beratungsresistent. Sie sorgen trotz anderer Signale weiterhin dafür, dass das Selbstwertgefühl der Staatsdiener wie Butter in der Sonne schmilzt, weil sie immer wieder alte Vorurteile wiederkauen und die Betroffenen den Einflüsterungen Glauben schenken. Dabei gibt es nichts, was der öffentliche Dienst nicht genauso gut, wenn nicht besser, kann als Private. Vorausgesetzt allerdings, man lässt ihn. Einschnitte hier und Einschnitte dort und obendrein noch die demotivierenden verbalen Kraftakte können selbst die letzten Aufrechten in die Knie zwingen. Wie wäre es stattdessen mit einer breit angelegten Motivierungskampagne? Nach dem Motto „Der öffentliche Dienst ist gut, weil wir gut sind“? Eine solche Aktion könnte den Mitarbeitern ein neues Image und damit auch ein neues Selbstwertgefühl geben. Und wäre dann noch genügend Personal vorhanden und würde dieses Personal angemessen bezahlt und hätte dieses Personal eine solide Sachausstattung, dann könnte sie ruhig kommen, die Konkurrenz mit den Privaten. ■



Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Mehr Informationen finden Sie unter www.bezuegekonto.de oder www.dbb-vorsorgewerk.de!



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst